

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5008

"G9 nicht auf dem Verwaltungsweg verhindern - Transparenz sicherstellen, dringend Nachbesserungen vornehmen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5008 vom 28.01.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 29.01.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5628 des BI vom 25.02.2015
4. Beschluss des Plenums 17/5913 vom 26.03.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 26.03.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

G9 nicht auf dem Verwaltungsweg verhindern – Transparenz sicherstellen, dringend Nachbesserungen vornehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Landtag unverzüglich darüber zu informieren wie sichergestellt wird, dass alle Gymnasien gleichermaßen und schriftlich über die aktuell laufende Bewerbungsphase zur so genannten „Mittelstufe Plus“ informiert werden, welche Vorgaben und Fristen dabei zu beachten sind und welche schulischen bzw. nicht-schulischen Gremien bei der Bewerbung einzubeziehen sind.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, die „Mittelstufe Plus“ dahingehend zu gestalten bzw. nachzubessern, dass

- für die Schülerinnen und Schüler kein Nachmittagsunterricht nötig wird,
- die vorgegebene Stundentafel eine echte Entlastung der jungen Menschen darstellt
- und die Frage der mittleren Reife geklärt ist.

Im Anschluss an das Bewerbungsverfahren, in das auch die privaten Gymnasien einbezogen werden müssen, sind alle qualifizierten Bewerbungen für ein neunjähriges Gymnasium zuzulassen und zusätzliche Mittel bereitzustellen.

Begründung:

An den bayerischen Gymnasien herrschen weiterhin große Unklarheit und Ärger über das Bewerbungsverfahren zur so genannten „Mittelstufe Plus“. Viele Schulen haben entweder ihr Interesse an einem G9-Zweig bereits in einer Direktbewerbung ans zuständige Kultusministerium bekundet oder wollen sich aktuell bewerben. Allerdings ist die Schulfamilie vor Ort in Unkenntnis darüber, welche schulischen und nicht-schulischen Gremien im Bewerbungsverfahren einzubeziehen sind und welche Fristen und Vorgaben die Schulen für eine qualifizierte Bewerbung beachten sollen. Eine gleich lautende schriftliche Information der Gymnasien ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt. Stattdessen wird ein „regionalisiertes Auswahlverfahren“, das städtische und ländliche Schulen berücksichtigen soll, durchgeführt und in jedem Regierungsbezirk durch die jeweiligen Ministerialbeauftragten kommuniziert und verantwortet. Ob es eindeutige Kriterien im Bewerbungsverfahren gibt, ob und wie die Schulen schriftliche Informationen über den Ablauf des Verfahrens erhalten, ist nicht klar. Zudem wird die Entscheidung über die teilnehmenden Schulen nicht regional, sondern final im Staatsministerium gefällt.

Bereits bekannt gewordene Eckpunkte werfen vielfältige ungeklärte Fragen auf und führen zu großer Unzufriedenheit bei den Schulleitungen der Gymnasien und den Lehrerverbänden. Die so genannte „Mittelstufe Plus“ muss u.E. so gestaltet sein, dass eine G9-Alternative ohne Nachmittagsunterricht auskommt, damit Kinder und Jugendliche insbesondere an ländlichen Gymnasien mehr Zeit für ihre vielfältigen Vereinstätigkeiten haben und nachmittags nicht noch stundenlang auf Schulbusse warten müssen. Da das zuständige Kultusministerium derzeit noch an der Stundentafel für die „Mittelstufe Plus“ arbeitet (vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 22. Januar 2015), sind Nachbesserungen hierbei dringend vorzunehmen, um eine echte Entlastung der Schülerinnen und Schüler zu erreichen und um den Nachmittagsunterricht zu vermeiden. Nur so kann nach unserer Vorstellung der neunjährige Zweig ein Erfolg und attraktiv für die Schulfamilie werden. Zudem ist bekannt geworden, dass nur etwa zehn Prozent der staatlichen Gymnasien und damit ungefähr 35 Schulen ein neunjähriges Gymnasium umsetzen dürfen. Damit alle Gymnasien über transparente Informationen verfügen und eine qualifizierte Bewerbung einreichen können, gilt es unverzüglich aufzuklären. Dies ist vor allem auch deshalb wichtig, um den Eindruck zu vermeiden, dass der neunjährige Zweig auf dem Verwaltungsweg unterlaufen werden soll.

wir weiterverfolgen werden müssen. Das Format war Gold wert, und ich kann nur noch einmal sagen, dass die Rückmeldungen der Teilnehmer der Plattform mehr als positiv waren. Die Presse hatte manchmal die Schwierigkeit, negative Stimmen zu finden. Das tut mir für die Presse sehr leid; aber für den Dialog war es sehr schön. So soll es auch in Zukunft sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Antrag der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/5004 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD-Fraktion und CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/5017 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion und zwei Stimmen aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD und wieder Stimmen aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Stimmen aus den Reihen der FREIEN WÄHLER und einige Stimmen bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Eine klare Linie bei den FREIEN WÄHLERN! – Weitere Zurufe)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/5005 bis 17/5012 sowie 17/5018 bis 17/5020 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Hilfe und Unterbringung in psychischen Krisen und bei psychischen Krankheiten (PsychKHG) (Drs. 17/2622)
- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache und darf noch einmal darauf hinweisen, dass die Redezeit nach den neuen Regeln der Geschäftsordnung für die CSU-Fraktion 16 Minuten, für die SPD-Fraktion 12 Minuten, für die

Faktion der FREIEN WÄHLER 10 Minuten, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch 10 Minuten und für die Staatsregierung 16 Minuten beträgt. Als Erste hat Frau Kollegin Celina das Wort.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte um Ruhe. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Nachdem wir gerade über HGÜ und die Dringlichkeitsanträge abgestimmt haben, bin ich sicher, dass ich jetzt die volle Aufmerksamkeit für das Thema unseres Gesetzentwurfs habe, und ich bin gespannt, wie die Debatte laufen wird. Vorhin haben wir über den Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Maßregelvollzug beraten, und jetzt geht es um die zweite Seite der Medaille, nämlich um unseren Gesetzentwurf, der die Hilfe für Menschen mit psychischen Krankheiten und für Menschen, die sich in Krisensituations befinden, zum Inhalt hat. Hier zeichnet sich nach vielen Jahren Reden und Nichtstun im Landtag ab, dass es ein entsprechendes Gesetz geben wird. Ein früherer Referentenentwurf, der schon einmal entwickelt worden war, ist leider wieder in der Schublade verschwunden, sodass wir in Bayern gesetzlich immer noch auf dem Stand von 1992, also sowohl gefühlt als auch praktisch im letzten Jahrtausend, sind.

In dieser Landtagsperiode zeigt sich endlich Licht am Horizont. Nach einer Anhörung am 24. Juni 2014, also vor sieben Monaten, haben wir Abgeordnete entschieden, endlich etwas zu tun. Wir GRÜNE haben noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf vorgelegt, und die anderen Parteien haben einen Runden Tisch vereinbart, um erst einmal Eckpunkte für ein Gesetz vorzulegen, wie es in 14 von 16 Bundesländern schon existiert.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Obwohl in unserer "paradiesischen Heimat Bayern" fast immer alles zum Besten steht, befinden wir uns bei diesem Thema leider auf dem vorletzten oder letzten Platz im Ranking der Bundesländer. Die eben angesprochenen Eckpunkte für ein Gesetz sind immer noch nicht abgestimmt. Der Runde Tisch hat noch nicht einmal getagt,

(Zuruf von der SPD: Das stimmt einfach nicht!)

und das Einzige, was vorliegt, ist nach wie vor unser Gesetzentwurf.

Liebe Kollegen, in meiner Rede zum Maßregelvollzug habe ich darum gebeten, Ideen und Konzepte ernsthaft miteinander zu diskutieren. Dazu gehört aber



Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/5008**

**G9 nicht auf dem Verwaltungsweg verhindern – Transparenz
sicherstellen, dringend Nachbesserungen vornehmen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Günther Felbinger**
Mitberichterstatter: **Otto Lederer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 23. Sitzung am 5. Februar 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 57. Sitzung am 25. Februar 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/5008, 17/5628

G9 nicht auf dem Verwaltungsweg verhindern – Transparenz sicherstellen, dringend Nachbesserungen vornehmen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Nummer 16 der Anlage zur Tagesordnung – das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "CDA-Anflugverfahren prüfen – Steeper Approach darf CDA nicht verzögern", Drucksache 17/4613, der auf Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER einzeln beraten werden soll – und die Nummer 17 – das ist der Antrag der Abgeordneten Rinderspacher, Halbleib, Rosenthal und anderer und Fraktion (SPD) sowie Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Machbarkeitsstudie Ortsumfahrung B 19", Drucksache 17/4714, der auf Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmennthalungen? – Auch keine Stimmennthalungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir unterbrechen jetzt die Sitzung und machen wie auf der Tagesordnung vorgesehen um 13.30 Uhr mit den Dringlichkeitsanträgen weiter.

(Unterbrechung von 12.53 bis 13.33 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir fahren nach der Mittagspause in der Tagesordnung fort. Bevor ich den Tagesordnungspunkt 9 – Dringlichkeitsanträge – aufrufe, gebe ich zunächst das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes auf Drucksache 17/3113 bekannt: Mit Ja haben 97 Abgeordnete und mit Nein 61 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist das Gesetz angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Es trägt den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes". Mit der Annahme des Gesetzentwurfes in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 17/4989 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 BayLTGeschO (Tagesordnungspunkt 8)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 19. Februar 2015
(Vf. 15-VIII-14) betreffend
Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob der Gesetzentwurf der
Bayerischen Staatsregierung zur Änderung des Landeswahlgesetzes
(Einführung von Volksbefragungen) vom 29. April 2014 (LT-Drs. 17/1745) die
Bayerische Verfassung verletzt.
PlI/G-1310.14-0013
Drs. 17/5742 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike
bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl,
Angelika Weikert u.a. SPD
Unternehmerische Verantwortung stärken –
Werkwohnungsbau in Bayern fördern
Drs. 17/2556, 17/5732 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Zentrum für Digitalisierung nach Nordbayern
Drs. 17/3187, 17/5731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Überlastung der Gerichte und daraus folgende vorzeitige
Untersuchungshaftentlassungen
Drs. 17/3209, 17/5748 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Raumordnungsbericht umgehend vorlegen
Drs. 17/3367, 17/5730 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Qualitätsgütesiegel für Nicht-Agrarprodukte
Drs. 17/3368, 17/5729 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haftentschädigungen wieder statistisch erfassen
Drs. 17/3552, 17/5749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränlein, Günther Knoblauch,
Annette Karl u.a. SPD
Barrierefreier Ausbau des Bahnhofs Freilassing
Drs. 17/3560, 17/5721 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Sondertilgung bei Gründerdarlehen der LfA Förderbank Bayern ermöglichen
Drs. 17/3584, 17/5727 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer,
Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Bilanz des Bürokratieabbaus in Bayern
Drs. 17/3656, 17/5726 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zweigleisiger Ausbau Landshut – Plattling
Drs. 17/3711, 17/5717 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheit im Schulbusverkehr
Drs. 17/4202, 17/5723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Planungen der Staatsregierung zur Sportförderung von Kindern
und Jugendlichen mit Behinderung
Drs. 17/4509, 17/5589 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu geplanten Änderungen bei der ÖPNV-Förderung
Drs. 17/4598, 17/5722 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ländlichen Raum stärken: Tankstellen-Mittelstand nicht weiter belasten
Drs. 17/4600, 17/5724 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	<input type="checkbox"/>	ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
CDA-Anflugverfahren prüfen – Steeper Approach darf CDA nicht verzögern
Drs. 17/4613, 17/5715 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

17. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib,
Georg Rosenthal u.a. und Fraktion (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Machbarkeitsstudie Ortsumfahrung B 19
Drs. 17/4714, 17/5719 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reform des Düngerechtes
Drs. 17/4718, 17/5582 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Fortschreibung der Luftreinhalte-/Aktionspläne in Bayern
Drs. 17/4719, 17/5626 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hüting u.a. CSU
Kontrapunkt gegen die demografische Entwicklung:
Einstellung von Lehrkräften in demografisch benachteiligten Regionen
Drs. 17/4813, 17/5604 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Karl Freller, Eberhard Rotter u.a. CSU
Möglichkeiten einer (zusätzlichen) Entlastung des Fördernehmers, beispielsweise bei Privatmaßnahmen, im Rahmen der Städtebauförderung
Drs. 17/4834, 17/5596 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Bürgersorgen ernst nehmen:
TiSA-Verhandlungen auf die Tagesordnung des Landtags setzen!
Drs. 17/4954, 17/5595 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
G9 nicht auf dem Verwaltungsweg verhindern –
Transparenz sicherstellen, dringend Nachbesserungen vornehmen
Drs. 17/5008, 17/5628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	<input type="checkbox"/>	ENTH

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegen Terrorismus –
Anhörung zur Lage und Prävention von terroristischer Radikalisierung in Bayern
Drs. 17/5009, 17/5743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. und Fraktion (CSU)
Nationales Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen umsetzen
Drs. 17/5010, 17/5627 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll,
Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Statt Mittelstufe Plus Wahlrecht für neunjähriges Gymnasium in Bayern
Drs. 17/5020, 17/5625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

27. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner,
Georg Rosenthal u.a. SPD
Kunstareal München
Drs. 17/5134, 17/5581 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl,
Bernhard Roos u.a. SPD
Vorstellung der Speicherpotenzial- und -standortanalyse für
Pumpspeicherkraftwerke im Freistaat Bayern
Drs. 17/3237, 17/5735

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landestarif für den öffentlichen Personennahverkehr (Bayern-Tarif)
Drs. 17/4205, 17/5594

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Online-Befragung zum Selbstverständnis der Justiz
Drs. 17/5333, 17/5744

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat